Sultan und Khedive.

□ Pera, 13. April. Der Staatsstreich des Khedive hat in den hiesigen diplomatischen Kreisen große Aufregung hervorgerufen. Da man den nicht sehr muthigen Charakter Ismail's kennt, dachte man sofort an eine auswärtige Intrigue, und der Verdacht lenkte sich auf die Pforte, den Sultan (!) und Rußland. Die in dieser Beziehung in türkischen Kreisen circulirenden Versionen, welchen allerdings der Charakter des Thatsächlichen nicht zuerkannt werden kann, lassen sich in folgender Weise vernehmen.

Vor etwa drei Wochen wurde ein Adjutant des Sultans nach Kairo gesendet, um den Khedive zur Ruhe zu mahnen und ihm zu rathen, sich den Wünschen der Westmächte zu fügen. Heute ist man in Stambul überzeugt, daß Abdul Hamid dem Khedive vielmehr angerathen habe, die auswärtige Einmischung in seine Angelegenheiten zurückzuweisen und sich auf seine Unabhängigkeit zu berufen. Abdul Hamid, sagt man, wollte sehen, wie weit die Geduld und Langmuth der Westmächte reiche, um darnach eventuell seine eigene Haltung einzurichten. Jedermann weiß anderseits, daß der Khedive ebenso ergebene wie einflußreiche Parteigänger in der unmittelbaren Umgebung des Sultans besitzt. Der erste Secretair des Palastes ist Riza Bei (ein Sohn Moukhtar Pascha's), welcher lange Zeit die Stelle eines diplomatischen Agenten des Khedive in Konstantinopel bekleidete und selbstverständlich oft und erfolgreich dessen Sache im Palaste führte. Derselbe Riza Bei ist der Schwager Osman Pascha's, und Jedermann kennt den Abscheu des Letzteren vor den Europäern und weiß, daß er unaufhörlich dem Sultan räth, als Herr in seinem Hause zu handeln, seine Rechte und seine Souveränetät zu behaupten. Andererseits gilt Osman Pascha als der russischen Sache gewonnen und man behauptet, daß die egyptische Affaire nur eine große russische Intrigue sei, bei welcher Osman Pascha der russischen Diplomatie als Werkzeug gedient hätte.

Als die Vorgänge von Kairo hier bekannt wurden, zeigte nur der Großvezier sein Erstaunen, während die Mehrzahl seiner Collegen die Sache ganz natürlich zu finden schien und man im Palais des Sultans, wie man versichert, sich vergnügt die Hände rieb. In den Bureaux der Pforte herrscht nur eine Stimme über den Muth und die Energie, welche der Khedive den „Giaurs" (Christen. D. R.) gegenüber an den Tag gelegt. Wenn man diesen Leuten sagt, daß der Sultan den Khedive absetzen oder die Erbfolge-Ordnung ändern und den Prinzen Halim auf den Thron erheben werde, so erwidern sie, daß Nichts von alledem geschehen werde, und zwar aus mehreren Gründen: Zunächst, weil der Sultan das Verhalten des Vicekönigs vollständig billige, dann, weil Ismail Pascha, wiewohl zur Hälfte ruinirt, noch reich genug sei, um alle Inwohner des Palais zu erkaufen, während sein Onkel, Prinz Halim, vollständig ruinirt ist. Uebrigens, fügt man hinzu, würde Halim genau so regieren, wie sein Neffe; wozu also der Wechsel?

Khereddin Pascha, der Großvezier, hingegen soll das Verhalten des Khedive offen gemißbilligt haben. Es ist aber sehr möglich, daß dieser Zwischenfall in einer den Wünschen des Großveziers ganz entgegengesetzten Weise zum Abschlusse gelangt und sogar seine eigene Ungnade nach sich zieht, worauf mehr als ein Symptom hindeutet. Als Mr. Fournier sich am 2. d. M. vom Sultan verabschiedete, sagte er demselben: „Ew. Majestät wolle mir versprechen, daß ich bei meiner Rückkunft Khereddin Pascha noch als Großvezier finden werde." Der Sultan lachte und ertheilte eine ausweichende Antwort. Die Stellung des Großveziers ist in der That seit Längerem ernstlich erschüttert.

Zudem ist dem Großvezier folgender schlimme Streich gespielt worden. Khereddin hatte seine vordem in arabischer und französischer Sprache publicirte Broschüre „Ueber die nothwendigen Reformen in den muselmännischen Staaten" von seinem Freunde und ehemaligen Secretär, Selim Farris Effendi, dem Chefredacteur des großen arabischen Blattes „Djewaib" ins Türkische übersetzen und veröffentlichen lassen. In einem Passus dieser Broschüre führt Khereddin, um zu zeigen, daß die muselmännische Verfassung eine wesentlich demokratische und liberale sei, aus, wie und in welchen Fällen die Nachfolger des Khalifen abgesetzt werden könnten. Dieser unterstrichene Passus wurde von perfiden Händen dem Sultan unter die Augen gebracht, welcher, darüber indignirt, den Befehl ertheilte, sämmtliche Exemplare der Broschüre bei dem Herausgeber mit Beschlag zu belegen. Die Dazwischenkunft des englischen Geschäftsträgers Malet verhinderte die sofortige Ausführung dieses Befehles, der aber durchaus nicht widerrufen, sondern nur aufgeschoben ist. An dem Tage, an welchem diese Beschlagnahme vor sich gehen wird, wird Khereddin Pascha aufhören, Großvezier zu sein. Kadri Pascha wird schon jetzt offen als sein Nachfolger bezeichnet.

Die Unterhandlungen über die gemischte Occupation Ost-Rumeliens haben Khereddin Pascha viel zu schaffen gemacht, welcher nach einander ohne besonderen Erfolg zwei verschiedene Projecte vorlegte. Das erste derselben, dahin gehend, die Vollmachten der Commission verlängern und Burgas, sowie die Ichtiman-Pässe durch türkische Truppen occupiren zu lassen, wurde zu allererst durch die Russen abgelehnt, welche erklärten, überhaupt die Theilnahme der Türken an der gemischten Occupation nicht dulden zu wollen. In Erwiderung hierauf erklärte die Pforte sich bereit, nicht einen einzigen Soldaten nach Rumelien zu senden; man möge aber die Russen gleichfalls von der Occupation ausschließen und letztere nur durch die neutralen Mächte vollziehen lassen. Dieser Vorschlag hatte keine Chance, von den Russen acceptirt zu werden, und man sieht bekanntlich gegenwärtig andere Combinationen in den Kreis der Erwägungen. (Ein Interim unter Aleko Pascha als Generalgouverneur. D. R.)

Politische Uebersicht.

Leipzig, 18. April.

Ueber einen Theil der Umgebung Potsdams ist der „Belagerungszustand" verhängt worden, um den deutschen Kronprinzen in seiner Sommerresidenz vor Attentaten zu schützen. Lauter „honnete" Revolutionaire wohnen nun einmal nicht in und um Berlin, wie dem Polizeipräsidenten Madai besser als dem Abgeordneten Rudolf Virchow wohl bekannt sein mag. Man schreibt uns in dieser Angelegenheit vom Donnerstag aus Berlin: „An der Spitze der heute erschienenen Potsdamer Blätter findet sich in fetter Schrift folgende Bekanntmachung: „Von heute ab bis auf Weiteres wird das Betreten des Neuen Palais und des demselben zunächst gelegenen Theils des Sanssouci-Parkes in gleicher Weise wie durch die Bekanntmachung vom 3ten Juni vorigen Jahres untersagt. Die Abschließung geschieht durch Militairposten. Zuwiderhandelnde haben sofortige Arretirung und demnächst event. Bestrafung zu gewärtigen. Potsdam, den 16. April 1879. Königl. Garten-Intendantur. Königl. Commandantur. Das Neue Palais dient bekanntlich dem kronprinzlichen Paare zum Sommeraufenthalt und wird von diesem bereits morgen, unmittelbar nach der Rückkehr aus Wiesbaden, bezogen werden. Von einer Absperrung gegen das Publicum war vor den Attentaten des vorigen Sommers hier so wenig wie in Babelsberg, der Sommerresidenz des Kaisers, die Rede."

In den Kreisen der preußischen Richter herrscht große und leider nicht ungerechtfertigte Verstimmung wegen der noch immer andauernden Ungewißheit des Schicksals, das ihrer vom 1. October ab harrt. „Es wird bestimmt behauptet — so wird uns aus Berlin geschrieben — daß schon im Monat Februar im Justizministerium ein vollständiger Plan der Besetzung sämmtlicher Richterstellen der Monarchie, an den Oberlandes-, Land- und Amtsgerichten, ausgearbeitet worden sei und daß noch im März die Absicht bestanden habe, jedem Einzelnen (wie auch allgemein erwartet wurde und im vorigen Jahre vom Landtage unzweifelhaft angenommen worden ist) bis zum 1. April eine Mittheilung über das Amt, das er bei der neuen Organisation bekleiden soll, zu machen. In jenem Plane soll die Quiescirung verhältnißmäßig vieler älterer Richter in Aussicht genommen gewesen sein. Da ist denn nun in letzter Stunde eine gewichtige Stimme laut geworden (man kann nur vermuthen, woher sie gekommen ist), welche sich dagegen ausgesprochen und so das ganze Programm umgestoßen hat, so daß im gegenwärtigen Augenblicke noch nicht feststeht, ob auch nur bis zum 1. Juli die richterlichen Beamten über ihren Verbleib unterrichtet sein werden."

Die von uns gebrachte Nachricht des „Kurier poznanski", daß die Unterhandlungen zwischen Berlin und Rom neuerdings einen besonderen Fortschritt gemacht und sich schnell ihrem Abschluß nähern, soll, wie officiös versichert wird, mindestens den Thatsachen bedeutend voraus eilen. „Man habe der Nachricht des genannten Blattes eine besondere Bedeutung deshalb beilegen zu sollen geglaubt, weil es für das Organ des Cardinals Ledochowski gilt. Nichts desto weniger hätten die betreffenden Verhandlungen in neuerer Zeit keinen bemerkbaren Fortschritt, allerdings aber ebenso wenig einen Rückschritt gemacht. Es liege kein Anlaß vor, die Hoffnungen herabzustimmen, ebenso wenig aber ein solcher, dieselben auf einen unmittelbar bevorstehenden Abschluß zu richten." — Wie viel Worte für den einfachen Satz: es ginge wohl, aber — es geht nicht!

In Marine-Angelegenheiten wird der „Weser-Ztg." aus Bremen geschrieben: „Der zweite Admiral! Nachdem die deutsche Kriegsmarine in Folge hinlänglich bekannter Vorgänge auf die Dienste des Admirals Werner hat verzichten müssen, scheint auch der Verlust des Viceadmirals v. Henk, des Directors in der Admiralität, in naher Aussicht zu stehen. Die Reibungen zwischen dem Chef der Admiralität und Director v. Henk waren nachgerade nirgendwo mehr ein Geheimniß; man konnte nur gespannt sein, wie lange sie dauern würden, ohne zur Krisis zu führen. Merkwürdigerweise stehen auch diese Reibungen in innerem Zusammenhange mit der Angelegenheit des „Großer Kurfürst", wenigstens datiren sie aus der Zeit, wo die Anklagen gegen das „System Stosch" laut wurden. Schon damals hieß es, der Director v. Henk werde vielleicht in die Rolle eines Sündenbocks gerathen, die derselbe aber, wie es scheint, nicht mit der wünschenswerthen Bereitwilligkeit übernommen hat. Eventuell ist wohl Admiral Batsch, der Geschwadercommandant bei Folkestone, als Nachfolger Henk's in Aussicht."

In den letzten Tagen sind mehrere wichtige, auf die Reichsgesetzgebung bezügliche Dispositionen seitens des Reichskanzlers getroffen worden. Wie es heißt, ist hierdurch die ursprünglich für die Osterferien projectirte Reise des Fürsten Bismarck nach Varzin aufgeschoben worden. Fürst Bismarck conferirte wiederholt mit Sr. Majestät dem Kaiser; man wird nicht irren, wenn man annimmt, daß es sich hierbei um die kaiserliche Vollziehung jener Acte gehandelt habe. Die letzte Berathung des Kaisers mit dem Militaircabinet betraf dem Vernehmen nach die Feststellung militairischer Beförderungen. — Man hört, daß der Geh. Legationsrath Lothar Bucher beabsichtigen soll, demnächst seine Pensionirung zu beantragen. Bucher steht im 64. Jahre seines Lebens. — Fürst Bismarck wird voraussichtlich wieder einen längeren Curgebrauch in Kissingen genießen. Von Seiten der Direction werden die herrschaftlichen Wohnräume auf der oberen Saline wieder in vollkommenen Stand gesetzt.

Die Commission, welche der Reichstag zur Berathung der nicht in einer einfachen Plenarverhandlung zu erledigenden Theile des Zolltarifs zu ernennen haben wird, dürfte sich nicht ohne erhebliche Schwierigkeiten zusammensetzen lassen. Man soll sich privatim dahin verständigt haben, daß es geboten sein dürfte, im vorliegenden Falle von dem sonst festgehaltenen Usus, nach welchem die Commissionsmitglieder durch die Parteien nach Maßgabe ihrer numerischen Stärke gewählt werden, abzuweichen. Der Umstand, daß die politischen Parteien den wirthschaftlichen Fragen, um welches es sich hier handelt, keineswegs geschlossen gegenüberstehen, erfordert einen anderen Modus für die Wahl der Commission, etwa derart, daß die Schutzzöllner, im Wesentlichen also die Mitglieder der „Freien wirthschaftlichen Vereinigung", auf der einen, die Freihändler auf der andern Seite im Verhältniß ihrer Anzahl die Mitglieder für die Commission ernennen. Sollte sich eine Verständigung in dieser Richtung nicht erzielen lassen, so müßte eine Zettelwahl in den Abtheilungen eintreten.

Die Schwierigkeiten, welche der Erwerbung des Raczynski'schen Grundstücks zur Erbauung des Reichstagshauses entgegengetreten waren, sind jetzt beseitigt worden; sie waren indessen so groß, daß noch in letzter Stunde der ganze Plan zu scheitern drohte. Die bezügliche Vorlage, welche sich nur mit der Grundstückserwerbung beschäftigen soll, wird alsbald an den Bundesrath und Reichstag gelangen. Voraussichtlich wird aus Mitgliedern beider Körperschaften dann eine Commission gebildet werden, welcher es überlassen wird, das Weitere über die Ausführung zu beschließen.

An die Abreise des Feldmarschalls v. Manteuffel nach Karlsbad wird die Annahme geknüpft — so schreiben die Officiösen — daß von der Berufung desselben zum Statthalter von Elsaß-Lothringen gänzlich Abstand genommen sei. Andere Candidaturen werden gleichzeitig genannt. „Wie indessen früher der Angabe, welche die Berufung v. Manteuffel's als bereits vollzogen hinstellte, kann jetzt mit demselben Recht der Behauptung widersprochen werden, daß von der Berufung bereits Abstand genommen sei. Dieselbe kommt nach wie vor in Frage, so lange die definitive Wahl eben nicht getroffen ist."

* * *

In Berliner Regierungskreisen behauptet man, es herrsche unter den Mächten ein völliges Einverständniß darüber, daß der Berliner Friede ausgeführt werden solle. Deshalb sei auch der noch nicht geregelten ostrumelischen Angelegenheit keine große Wichtigkeit beizulegen. Auf jeden Fall würden die russischen Truppen zur festgesetzten Zeit die Türkei verlassen. Welche Zeit ist aber durch den Berliner Frieden bestimmt? Nach einer weitverbreiteten Auffassung müssen die Russen am 3. Mai das türkische Gebiet geräumt haben, wie denn der englische Botschafter in Wien, Sir H. Elliot, sogar gesagt haben soll, wenn nach dem 3. Mai noch russische Truppen in der Türkei ständen, würde Das der Krieg sein. Es taucht aber von Neuem die Ansicht auf; daß die Russen am 3. Mai erst die Räumung beginnen würden. Inzwischen berichtet der Telegraph aus:

Konstantinopel, 16. April. Von gut unterrichteter Seite meldet man, daß die Pforte anläßlich der nachstehenden vier Puncte von der europäischen Commission für Ostrumelien um ihre Meinungsäußerung angegangen worden sei. 1) In welcher Tragweite der türkischen, bulgarischen und griechischen Sprache der Charakter einer amtlichen Sprache solle beigelegt werden? 2) Wie hoch sich die Ziffer der von Ostrumelien an den Schatz der Pforte zu entrichtenden Tributärzahlung stellen werde? 3) Ob der die geistlichen Vorstände der nicht muselmännischen Glaubensgenossenschaften mit der administrativen Gewalt bekleidende Berat vom Sultan selbst oder nur von dem Generalgouverneur der Provinz ausgestellt werden würde? 4) Nach welchen Normen die auf ostrumelischem Territorium belegenen Bakuf-Besitzungen abgelöst werden dürfen? — Wie verlautet, habe sich der Ministerrath auch mit der Prüfung dieser Fragen beschäftigt und sich hinsichtlich der beiden ersten schlüssig gemacht, während derselbe die Entscheidung der dritten Frage einer späteren Berathung vorbehält, die vierte Frage aber an eine Commission verwies. Ueber die betreffs der beiden ersten Fragen getroffenen Entscheidungen vernimmt man, daß die oben angeführten drei Sprachen gleichmäßig als amtliche Sprachen berechtigt sein sollen; der von Ostrumelien zu leistende Tribut werde auf 240,000 türkische Pfund für die ersten 5 Jahre festgesetzt werden, unter dem Vorbehalt, denselben nach Ablauf dieser Zeit auf der Basis der zukünftigen Erträgnisse der Provinz zu regeln.

Die Nachrichten aus Rußland lauten andauernd beunruhigend. An allen Enden des Reiches erhebt die nihilistische Revolution das blutige Haupt. Kiew ist eine der Brutstätten der socialistischen Propaganda. Die Aufregung ist noch sehr vermehrt worden durch die neuliche Entdeckung der geheimen Druckerei und die darauf folgenden Verhaftungen. Wie dem „Daily Telegraph" geschrieben wird, haben die Männer und Frauen den eindringenden Polizisten entschlossenen Widerstand geleistet und später im Verhör, wie gewöhnlich, jede Antwort verweigert. Der Gouverneur wollte sie gemäß dem Ukas, der nach der Ermordung des Generals Mesenzew erlassen wurde, vor ein Kriegsgericht stellen, und wenn Das geschehen wäre, so würde eine schleunige Ueberführung und Verurtheilung sämmtlicher Gefangenen und die öffentliche Hinrichtung derselben sicher gewesen sein. Andererseits aber würde eine Hinrichtung in einem Lande, wo die Todesstrafe nicht üblich ist, gerade den Socialisten das Ansehen von Märtyrern gegeben und ihre Bestrebungen gefördert haben. Indessen könnten doch bei der beständigen Wiederholung von Mordthaten solche strengen Maßregeln nöthig befunden werden. Es wird nun von zuverlässiger Seite berichtet, daß die Mehrzahl dieser Gefangenen kaltblütig niedergeschossen wurde, als sie, ohne Ahnung, daß ihr Fluchtplan den Behörden verrathen worden war, zu entkommen versuchten. Ein Gerücht will wissen, daß der Vicegouverneur von Charkow von den Socialisten eingefangen worden sei (!). Man erzählt, daß ein wohlgekleideter Herr in einem hübschen geschlossenen Wagen bei dem Vicegouverneur vorgefahren wäre, denselben besucht und mit ihm sich unterhalten hätte, als eine Botschaft ankam, welche die Anwesenheit des Letzteren in einem entfernten Theile der Stadt dringend verlangte. Der Vicegouverneur bestellte eilig seinen Wagen; der Fremde aber schlug ihm vor, um Zeit zu ersparen, sich seines Wagens zu bedienen, der vor der Thür stände. Der unglückliche Beamte nahm das Anerbieten an, die Beiden fuhren fort und man hat seitdem von ihnen Nichts mehr gehört noch gesehen. Diese Demonstrationen und Gewaltstreiche der Socialisten flößen den Beamten einen ganz natürlichen Schrecken ein. Aus Odessa meldet die „Moskauer Ztg.":

„Seit einigen Tagen werden unzählige Placate revolutionairen Inhalts verbreitet, in welchen allen kaiserlichen Behörden mit deren Vernichtung und einem allgemeinen Volksaufstande gedroht wird. Alle diese Placate sind mit rothen Buchstaben gedruckt und tragen an der Spitze die gemeinsame Devise: „Terror za terror!" („Schrecken für Schrecken!") Die Folge der Verbreitung dieser Placate war, daß der Höchstcommandirende der Truppen des Odessaer Militairkreises, Generallieutenant Semeka, über die Stadt Odessa den Belagerungszustand verhängte. Die Odessaer Polizei wurde, wie der „Odeßky Westnik" vom 11. d. Mts. schreibt, angewiesen, „zur Sicherung der Ruhe darauf zu sehen, daß in der Stadt keine Zusammenkünfte stattfinden, daß in allen öffentlichen Häusern, Gärten und dergl. Ruhe und Ordnung herrschen, daß nicht geschossen oder öffentlich gelärmt werde, daß die Café- und Einkehrhäuser bis Mittag geschlossen bleiben, daß alle Arrestanten im Centralgefängnisse untergebracht werden und nicht in den gewöhnlichen Arrestlocalen bleiben, daß die ganze Polizei Dienst halte, daß von allen Unruhen oder öffentlichen Versammlungen unverzüglich dem Höchstcommandirenden gemeldet werden solle" u. s. w. Zu diesem Zwecke wurde die Odessaer Stadtpolizei um 150 Mann Infanterie-Soldaten, 115 Reiter aus dem 7. Kosakenregiment und 25 Polizeibeamte aus dem Officiercorps verstärkt.

Die Pariser Blätter drucken das von uns erwähnte Schreiben Ernests Renan's ab und knüpfen daran Betrachtungen über die Beziehungen Frankreichs zu Deutschland. Einige besonders chauvinistische Blätter unterziehen die Sympathien Renan's für Deutschland einer Kritik und erklären, von einer Aussöhnung könne vor der Rückgabe Elsaß-Lothringens überhaupt keine Rede sein.

Von den Hiobsposten aus dem Caplande abgesehen aus „England" nichts Neues! Lord Derby hat in einem an die conservative Association von Lancashire gerichteten Schreiben seinen Namen von der Liste der Mitglieder derselben zurückgezogen. Das gedachte Schreiben zeigt die definitive Trennung Lord Derby's von der conservativen Partei an. Die Tory's haben durch den Austritt dieses Staatsmannes einen schweren Verlust erlitten.

Aus Italien.

□ Rom, 15. April. Gegenüber den zahlreichen widersprechenden Gerüchten über die angebliche Haltung Italiens in der ostrumelischen Frage kann versichert werden, daß die italienische Regierung entschlossen ist, ihre Haltung nach jener der anderen, in der Frage weniger direct betheiligten Mächte, wie Deutschland und Frankreich, einzurichten.

Bei dieser Gelegenheit möge auch des Gerüchtes von einer angeblichen politischen Mission des russischen Staatsrathes v. Hamburger an das italienische Gouvernement mit der authentischen Versicherung erwähnt werden, daß Staatsrath v. Hamburger überhaupt mit keinerlei wie immer gearteten Mission von Seiten seiner Regierung betraut war und seine Anwesenheit in Rom einzig und allein mit seiner Verheirathung mit einer hier lebenden Dame zusammenhängt. Alle Gerüchte über angebliche Allianzwerbungen, Compensations-Anträge u. s. w. gehören einfach in das Gebiet müßiger Erfindung.

Die von der albanesischen Notabeln-Versammlung entsendete, aus Abdul Bei und Mehemed Ali Bei bestehende Deputation ist hier eingetroffen und wurde in Verhinderung des Minister-Präsidenten und interimistischen Ministers des Aeußeren, Herrn Depretis, vom Generalsecretair Grafen Tornielli empfangen. Die albanesischen Deputirten haben mit Berufung auf das Nationalitäts-Princip einen Protest gegen den Anschluß des Epirus an Griechenland eingelegt und die hiesige Regierung gebeten, diesen Protest zu unterstützen. Sie führten bei dieser Gelegenheit eine sehr energische Sprache. „Wir werden uns", sagten sie ungefähr, „gutwillig einer Vereinigung mit Griechenland nie fügen. Die Griechen haben uns nie, wohl aber wir sie beherrscht. Wir besitzen 37,000 wohlbewaffnete, für die Vertheidigung ihres Vaterlandes begeisterte Männer, und wenn wir unsern Strauß mit Griechenland allein auszufechten hätten, so würden wir schneller in Athen, als die Griechen in Janina sein, man möge uns daher wenigstens unsere Affaire allein mit den Griechen abmachen lassen."

Graf Tornielli begnügte sich damit, der Deputation Mäßigung und Achtung vor den Beschlüssen Europas anzuempfehlen, und benützte auch diese Gelegenheit, zu erklären, daß Italien, streng an den Bestimmungen des Berliner Vertrages festhalten